



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 13.12.2016

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 28.11.2016, 16:00 Uhr bis 18:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Erika Oedingen	SPD-Fraktion
Herr Stephan Pohl	CDU-Fraktion
Herr Ralph Sterck	FDP-Fraktion

Beratende Mitglieder

Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der Alternative für Deutschland
Frau Lisa Hanna Gerlach	auf Vorschlag der Piraten
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD

Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft Köln
---------------------	----------------------------

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Ebru Coban	Integrationsrat
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Frau Bettina Levy	Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Zülfükar Genc	Integrationsrat
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der Schulpost ausgelegt wurde.

Zur Tagesordnung

Nach der Einladung wurde die Tagesordnung um weitere Themen ergänzt:

- Die Anfrage unter TOP 3.1.1, sowie die neuen Anfragen unter TOP 3.2.1 bis 3.2.3 (die letzten beiden als **Tischvorlagen**),
- die Vorlagen unter TOP 4.5 bis 4.10 und zwei Änderungsanträge zu TOP 4.4 und 4.10 (TOP 4.6 bis 4.10 und die Änderungsanträge als **Tischvorlagen**), sowie
- die Mitteilung unter TOP 5.8.

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, die Besprechung der Mitteilungen unter TOP 5.1 und 5.8 miteinander zu verbinden und beide Punkte gemeinsam im Januar ergänzt um zwischenzeitliche Aktualisierungen erneut in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 4.4 an (siehe dort).

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, beantragt, dass dem Vertreter der BezirksschülerInnenvertretung, Herrn Joram Eickhoff, für die Dauer der Sitzung ein Rede- und Beratungsrecht eingeräumt wird. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Sterck, FDP-Fraktion, meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 4.10 an und bittet darum, den TOP zu beraten und ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben. Auch diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), meldet für ihre Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 4.9 an und bittet darum, den TOP zu beraten und ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau; TOP 1.3 3962/2016

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe AN/1737/2016
Digitale Bildung braucht Bandbreite und WLAN
3794/2016

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Wirkliche Nutzung der Onlineangebote der Stadt Köln im Rahmen des „Konzepts zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen“
AN/1960/2016

3.2.2 Aktuelle Arbeitszeitkonten von städtischen Hausmeistern und Sekretariatskräften in Schulen
AN/1966/2016

3.2.3 Schulbau Montessori-Schule
(Ehemaliges Gelände Nippes-Bad und Bildungslandschaft Riehl)
AN/1967/2016

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept
3068/2016

4.2 Errichtung eines Bildungsgangs Berufliches Gymnasium für Wirtschaft und Verwaltung, Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01)
3018/2016

4.3 Freigabe zusätzlicher Mittel zur qualitativen Stärkung der OGS-Angebote in den Haushaltsjahren 2016 und 2017
3205/2016

4.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus zur Zügigkeitserweiterung für das Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln (Königin-Luise-Schule) auf dem Grundstück Palmstraße 1, 50672 Köln
1141/2016

Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus zur
Zügigkeitserweiterung für das Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln
(Königin-Luise-Schule) auf dem Grundstück Palmstraße 1, 50672 Köln
AN/2008/2016

4.5 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes
Köln" als Leitkonzept in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020 und
zur Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen
2899/2016

4.6 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für das Schuljahr 2017/2018
sowie drei Folgeschuljahre für alle städtischen Schulen
3313/2016

4.7 Aufnahme einer neuen Schule in den
Verbund Kölner Europäischer Grundschulen
3822/2016

4.8 Verfahren zur Umsetzung der im Haushalt 2016/17 vorgesehenen Erhöhung
der Personalkostenzuschüsse an die Träger der Schulsozialarbeit an Grund-
schulen
3398/2016

4.9 Errichtung einer Ganztageserweiterung für das Hölderlin-Gymnasium,
Graf-Adolf-Str. 59, 51065 Köln-Mülheim - Baubeschluss
3499/2016

4.10 Angleichung der Honorare für Dozierende bei der VHS Köln im Bereich
"Deutsch als Fremdsprache"
3821/2016

Änderungsantrag zu TOP 4.10 Angleichung der Honorare für Dozierende bei
der VHS Köln im Bereich "Deutsch als Fremdsprache"
AN/2009/2016

5 Mitteilungen

5.1 Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2016 -
Maßnahmen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der
Kölner Schullandschaft allgemeinbildender Schulen bis 2025
1906/2016

5.2 Neue Gesamtschule für den Stadtbezirk Lindenthal am
Standort Aachener Straße / Herbesthaler Straße
3393/2016

5.3 Generalsanierung von vier Innenstadtschulen
3405/2016

- 5.4 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse 2983/2016
- 5.5 Volkshochschule Köln: talentCAMPus 2016 war wieder ein Erfolg! 3758/2016
- 5.6 Volkshochschule startet mit dem neuen Gesamtprogramm Sprache (GPS) 3767/2016
- 5.7 Spendenfinanzierte Deutschkurse für Geflüchtete 3756/2016
- 5.8 Schulentwicklungsplanung im Dialog - Übersicht über die Rückmeldungen von Bezirksvertretungen und Schulen zur "Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2016" sowie Stellungnahme der Verwaltung 3801/2016

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Personalien

- 9.1 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Katholischen Grundschule Horststraße 1 in Köln - Mülheim 3306/2016
- 9.2 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Katholischen Grundschule Franziskus-Schule Cäsarstr. 21 in Köln - Bayenthal 3306/2016/1

10 Vorlagen

11 Mitteilungen

12 Anfragen

13 Verschiedenes

- 13.1 Gespräch mit neu ernannten Schulleitungen

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

Es sind keine neu zu verpflichtenden Bürgerinnen oder Bürger anwesend.

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau; TOP 1.3 3962/2016

Herr Philippi, SPD-Fraktion, kann die zeitlichen Verzögerungen im Bereich des modularen Schulbaus und bei den nicht personalisierten Baumaßnahmen nicht kritiklos akzeptieren. Bei der Helios-Gesamtschule habe man ohne besondere Erklärung die Energiestandards umgeplant. Er fordert strukturelle Veränderungen in der Verwaltung wie seine Fraktion dies im Rat angemeldet hat. Der Schulneubau müsse vorrangig umgesetzt werden.

Herr Dr. Schlieben erwidert, dass wohl keines der Mitglieder des Ausschusses mit dem langsamen Tempo bei der Umsetzung der getroffenen Beschlüsse einverstanden sei. Kurzfristig, gemeint sei im Januar und Februar des kommenden Jahres, müsse die Politik neue Wege zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen vorgeben, wenn die Verwaltung dies nicht mit eigenen Kräften schafft.

Frau Dr. Klein erklärt, dass sie die Oberbürgermeisterin vor einigen Monaten schriftlich über den Schulnotstand sowohl bei steigenden Schülerzahlen an Grund- als auch bei weiterführenden Schulen unterrichtet hat. Sie stehe im ständigen Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bezirksregierung über vertretbare Rahmenbedingungen für die Kölner Schulen. Die Oberbürgermeisterin hat sich kurzfristig in einem Gespräch die Situation darlegen lassen und für den 30.11. ein Gespräch mit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln und der Schulverwaltung angesetzt. Beide Seiten haben ihre Lösungsvorschläge dazu schriftlich vorgelegt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat eine Einladung zu einem Kongress zur Beschleunigung von Schulbauten am 01. Dezember in Berlin erhalten, an welchem auch die Kämmerin teilnehme. Dort könne man von anderen Städten vorgestellte Ideen aufnehmen.

Frau Dr. Klein erwidert, dass die Oberbürgermeisterin für diesen Tag einen Amtsleiter-tag angesetzt hat. Sie leitet den bundesweiten Bildungsausschuss Städtetag, der sich Anfang Dezember im Austausch mit anderen Städten (wie Hamburg, München und Frankfurt) ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt. Sie wird bei der Gebäudewirtschaft anfragen, ob jemand zu dem Kongress nach Berlin fährt und ihr darüber berichten kann.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, ergänzt, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen seiner Einrichtung bereits in Kontakt zu den Städten Hamburg,

Düsseldorf und München stehen, um deren Modelle kennenzulernen, um die Vor- und Nachteile für Köln abzuwägen. Die Städte haben unterschiedliche Ausgangspunkte und Problemlagen, wobei man immer Konzept und Realität unterscheiden muss.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine aktuellen Anträge vor.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe AN/1737/2016 Digitale Bildung braucht Bandbreite und WLAN 3794/2016

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), liest in der Antwort, dass 50 MB Breitband an den Schulen zur Verfügung gestellt werden. Vor dem Hintergrund, dass im Unterricht Videos mit einem Speicherbedarf von 2 MB bzw. 6 MB für HD-Videos eingesetzt werden, hat sie Zweifel, ob die Speicherkapazitäten in Zukunft noch ausreichen.

Frau Heuer berichtet vom nationalen IT-Gipfel, dass man die weitere Entwicklung im Blick habe, diese aber bisher kaum absehbar sei.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, interessiert ebenfalls, ob die angebotene Bandbreite grundsätzlich ausreicht. Er möchte das Konzept vorgestellt bekommen, auf dessen Grundlage Berufskollegs synchron arbeiten, während andere Schulen asynchron arbeiten sollen. Der aktuelle Sachstand für ein Konzept zur Inventarisierung soll von der Verwaltung erläutert werden und darüber hinaus vermisst er die Schülerstatistik für das Schuljahr 2015/2016.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Wirkliche Nutzung der Onlineangebote der Stadt Köln im Rahmen des „Konzepts zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen“ AN/1960/2016

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

3.2.2 Aktuelle Arbeitszeitkonten von städtischen Hausmeistern und Sekretariatskräften in Schulen AN/1966/2016

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

3.2.3 Schulbau Montessori-Schule (Ehemaliges Gelände Nippes-Bad und Bildungslandschaft Riehl) AN/1967/2016

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept 3068/2016

Herr Busch, Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender, ist erfreut darüber, dass nun ein entsprechender Prozess angestoßen wird und möchte wissen, wie und unter welcher Beteiligung dieser Prozess an den Schulen umgesetzt wird. Nach §§ 12 und 13 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist die Stadt Köln verpflichtet, Ansprechstellen einzurichten und diese bekannt zu machen. Er fragt nach, ob man dies bereits umgesetzt habe.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, beantragt, dass man für die Januar-Sitzung sachkundige Vertreter zur Umsetzung des Konzeptes an den Schulen einlade.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wendet ein, dass Querschnittsbeschlüsse wie dieser vorrangig im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales behandelt werden sollten, was dort bereits erfolge. Das Konzept beziehe sich vorrangig auf die Stadtverwaltung, da die Maßnahmen in den Schulen inhaltlich nicht in die Zuständigkeit des Schulträgers fallen.

Frau Rehberg, Dienststelle Diversity, schildert, dass die Vorlage soeben im parallel stattfindenden Integrationsrat unverändert beschlossen wurde. Diversity Management werde als Querschnitt in allen Ausschüssen behandelt, weil es sich um ein Konzept für die Verwaltung handelt, das die Stadt Köln als Arbeitgeberin und Dienstleisterin anbietet. Das Konzept bezieht sich im ersten Schritt zunächst auf die Verwaltung in ihrer Funktion als Arbeitgeberin und Dienstleisterin. Aus diesem Grund finden sich in dem Konzept bisher keine Maßnahmen, die die Stadt in ihrer Funktion als Partnerin in den Blick nimmt. Im Konzept befinden sich keine Maßnahmen, die explizit auf Schulen gemünzt sind. Da sich aber das Konzept an alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtet, werden auch die Schulen von dem Konzept profitieren.

Herr Busch fragt nach, ob beispielsweise für die Schulsozialarbeit oder für die Stadt als Schulträgerin Projekte wie beispielsweise „Schule ohne Rassismus“ oder „Vielfalt“ mit unterstützt werden: Ist ein solcher Prozess vorgesehen im Bereich der Schulen? Wer wird daran beteiligt sein? Wann wird er starten? Wie sieht er aus? Gut findet er, dass das AGG als Mindeststandard benannt wird. Das bedeutet dann, dass mindestens die Beschäftigten der Stadt Köln nach § 13 einen Anspruch auf eine Beschwerdestelle haben. Herr Busch möchte wissen, wie man dies im Bereich der Stadt umgesetzt hat.

Frau Rehberg antwortet, dass die Dienststelle Diversity seit dem vergangenen Jahr Schulungen für Beschäftigte und für Führungskräfte anbietet. Dazu gehört auch die Schulsozialarbeit. Es gibt einen Arbeitskreis Diversity, in welchem die Amtsleitung Mitglied ist. Es handele sich um einen gemeinschaftlichen Prozess, aus welchem kein Teil ausgeklammert ist. Ob es eine Beschwerdestelle gemäß AGG geben wird, müsse das Personalamt der Stadt Köln schriftlich beantworten.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"Der Rat der Stadt Köln nimmt das Diversity Konzept „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

1. das vorliegende Diversity Konzept inklusive der beschriebenen Maßnahmen umzusetzen, den damit verbundenen Implementierungsprozess fortzuschreiben und somit die Strategie des Diversity Managements als Querschnittsaufgabe in und auf allen Ebenen der Stadtverwaltung zu etablieren und den Umsetzungsprozess zu begleiten,
2. insbesondere
 - eine Ist-Analyse für die Stadtverwaltung zu erstellen, sowie ein daraus zu entwickelndes Controlling mit entsprechenden Indikatoren einzuführen.
 - die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema über die Stadtgrenzen hinaus fortzuschreiben.
 - die Vernetzung der betroffenen Akteure intern wie extern und über die Stadtgrenze hinaus fortzuführen.
3. die Weiterentwicklung und Umsetzung des vorliegenden Konzeptes durch ein Maßnahmenprogramm dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Errichtung eines Bildungsgangs Berufliches Gymnasium für Wirtschaft und Verwaltung, Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01)
3018/2016**

Frau Dr. Klein bittet darum, die Vorlage ruhend zu stellen: Sie hat eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Schulleitungen an den Berufskollegs in Köln vom 22.11.2016 erhalten, in welcher diese ausführlich gegen die Errichtung dieses Bildungsganges argumentieren (Anlage 1). Die Bedenken dieser Arbeitsgemeinschaft werden von der Verwaltung ernstgenommen und sie bittet darum, die Entscheidung über die Vorlage zurückzustellen bis offene Fragen geklärt und mit der Arbeitsgemeinschaft diskutiert sind: Durch das Angebot könnten die Bildungsgänge der bestehenden Schulen geschwächt werden, was den Bestand der bestehenden Bildungsgänge gefährden könnte. Zusätzliche Kapazitäten in diesem Bereich sind nicht nötig so lange die bestehenden Kapazitäten nicht ausgeschöpft werden. Die Bildung Internationaler Förderklassen und die Schaffung von zusätzlichen Schulplätzen seien vorrangig.

Herr Dr. Schlieben ergänzt, dass man auch eine weitere Anfrage eines Berufskollegs und eine Stellungnahme des Berufskollegs Südstadt zum Thema in die Diskussion mitgeben wird. Wenn man den Beschluss aktuell zurückstelle, werde es im Schuljahr 2017/2018 keine Veränderung an den Berufskollegs geben. Die Ergebnisse einer Diskussion könnten erst im Folgejahr wirksam werden, sodass man 2017 Zeit genug habe, eine sinnvolle Lösung zu finden, die dann zur Entscheidung vorgelegt werden kann.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung stellt den Beschluss bis auf weiteres zurück.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**4.3 Freigabe zusätzlicher Mittel zur qualitativen Stärkung der OGS-Angebote in den Haushaltsjahren 2016 und 2017
3205/2016**

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), erinnert, dass seine Fraktion seit Jahren eine Qualitätssteigerung beim Ganzttag gefordert habe. Die Vorlage sei ein sinnvoller Schritt zur Umsetzung, doch lasse sie offen, wie die Mittel von den Trägern zu verwenden sind. Hier seien genauere Vorgaben der Landesregierung erforderlich.

Auch Herr Dr. Schlieben fordert eine schulrechtliche Regelung des offenen Ganztages vergleichbar der Regelung in Schleswig-Holstein zur Unterstützung der Kommunen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schlägt vor, mehr auf die Vernunft der bereits bestehenden Qualifizierungszirkel zu vertrauen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017, die im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 € im Haushaltsjahr 2016 sowie in Höhe von 1.600.000 € im Haushaltsjahr 2017 zur qualitativen Stärkung der OGS-Angebote freizugeben. Die Mittel werden zur Erhöhung der Förderung von 55 € je OGS-Platz und Schuljahr eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus zur Zügigkeitserweiterung für das Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln (Königin-Luise-Schule) auf dem Grundstück Palmstraße 1, 50672 Köln
1141/2016**

**Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus zur Zügigkeitserweiterung für das Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln (Königin-Luise-Schule) auf dem Grundstück Palmstraße 1, 50672 Köln
AN/2008/2016**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an: Unter Nr. 5 sei erwähnt, dass die Schule als Halbtagschule ohne Inklusion weitergeführt werden soll. Hierzu bittet er um Erläuterung, zumal im Raumprogramm Flächen für Inklusion vorgesehen sind.

Frau Dr. Klein bittet um einen Beschluss zu dieser Vorlage, da der Erweiterungsbau dringend erforderlich ist. Es handelt sich um ein enges Eckgrundstück, das räumlich keine weitere Nutzung zulässt. Es fehle dort an hinreichend Raum für den Ganzttag.

Beim Neubau werden die Inklusionsstandards nach den Richtlinien beachtet. Im Bestandsgebäude kann dieser Standard nicht gleichzeitig nachgebessert werden.

Frau Heuer ergänzt, dass sich die Einschränkung unter Nr. 5 lediglich auf den Ist-Zustand im Bereich Personal bezieht. An dieser Schule können keine Kinder mit schweren Körperbehinderungen aufgenommen werden, weil man in das Bestandsgebäude keinen Aufzug einbauen kann. Die Schule besitzt bereits eine gute Mensa, aber sie kann im Bestand keinen gebundenen Ganztags anbieten. Ob dies nach dem Umbau möglich sein wird, soll nach dessen Fertigstellung entschieden werden.

Herr Thelen erklärt, dass dies aus dem Wortlaut der Vorlage nicht erkennbar war. Ihm reicht die Erläuterung aus, um eine Entscheidung treffen zu können.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), bittet um Aufklärung der Turnhallensituation an der Schule: Es sei der Vorlage zu entnehmen, dass der Sportunterricht dort nicht im vollen Umfang durchgeführt werden kann.

Herr Sterck, FDP-Fraktion, stellt den Änderungsantrag seiner Fraktion vor. Er entspricht einem vergleichbaren Antrag aus dem August 2005, der daran scheiterte, dass die damalige Grundschule nicht verzichtbar sei. Bei der Neuplanung des Grundstückes solle man vorbildlich prüfen, ob man im Anschluss an das Nachbargrundstück zur Ehrenstraße hin auch fünf bis zehn neue Wohnungen als Mischnutzung des Grundstückes schaffen kann.

Herr Thelen schlägt vor, dies bei der Machbarkeitsstudie mit prüfen zu lassen.

Herr Sterck bezweifelt, dass die Stadt selbst zu einer solchen Prüfung in der Lage ist und regt an, einen entsprechenden Prüfauftrag extern zu erteilen. Ziel sei es, Wohnungen an dieser Stelle zu schaffen.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, warnt davor, die Verwaltung mit weiteren Machbarkeitsstudien zu belasten. Vorrang habe die Schaffung von Schulplätzen. Schon diese Aufgabe lässt sich mit dem vorhandenen Personal nicht umsetzen. Weitere Aufträge verzögern die Schaffung von Schulplätzen noch mehr.

Herr Eickhoff, BezirksschülerInnen-Vertretung, erklärt als Schüler der in Rede stehenden Schule, dass der Schulhof an der Palmstraße nicht verzichtbar ist. Er wundere sich, wo man bei dem geringen Platzangebot, mit welchem der Bedarf der Schule nicht gedeckt werden kann, zusätzlich Platz für Wohnungsbau finden will.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, geht davon aus, dass die Frage des Wohnungsbaus im Rahmen des aktuellen Planungsstandes noch geprüft werden könne. Er schlägt vor, die Ergänzungen des Änderungsantrages der FDP-Fraktion in den Prüfauftrag mit aufzunehmen.

Herr Thelen hält es für sinnvoll, die Entscheidung offen zu lassen und durch den Geschäftsausschuss der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln am 12.12.2016 entscheiden zu lassen. Deshalb wiederholt er seinen Antrag, sowohl die ursprüngliche Vorlage als auch den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben.

Herr Sterck ist damit einverstanden und fordert die Vorlage aller bereits bestehenden Pläne für das Gebäude an die Politik.

Auch Frau Dr. Klein ist einverstanden und wiederholt, dass es sich um ein sehr enges Grundstück handelt, das im Bebauungsplan als Schulgrundstück ausgewiesen ist. Für eine zusätzliche Turnhalle gibt es auf diesem Grundstück keinen Platz.

Deshalb wird derzeit geprüft, ob der Schulsport durch die Mitnutzung von Turnhallen anderer Schulen abgedeckt werden kann.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt den Änderungsantrag ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.5 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" als Leitkonzept in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020 und zur Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen 2899/2016

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt das Integrierte Handlungskonzept (IHK) „Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten“ (abrufbar unter www.starke-veedel.koeln), als zukunftsweisendes Leitkonzept zur Sozialraumorientierten Stadtentwicklung. Er beauftragt die Verwaltung unter Nutzung möglicher Förderzugänge die dargestellten *Maßnahmen umzusetzen*.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung von sozialraumspezifischen Einzel-IHKs. Diese basieren auf der Grundlage des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten“ (Leitkonzept). Folgende Reihenfolge ist für die Erarbeitung der Einzel-IHKs vorzusehen:

bereits dem Land vorgelegt:

Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord

Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020

Meschenich und Rondorf

bis Ende 2016: Humboldt / Gremberg und Kalk
Bickendorf, Westend und Ossendorf

bis Mitte 2017: Bilderstöckchen
Höhenberg und Vingst

bis Ende 2017: Ostheim und Neubrück
Bocklemünd / Mengenich

Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil.

Dem Rat werden die Einzel-IHKs jeweils zur Beschlussfassung vorgelegt.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung zum frühestmöglichen Zeitpunkt gebietsübergreifende und –spezifische Förderanträge zu stellen.
4. Der Rat beschließt die Anerkennung des Bedarfs für die im IHK „Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" aufgeführten Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 77,3 Millionen Euro vorbehaltlich der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 51,4 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff (siehe Anlage 2) in Höhe von 25,9 Mio. € ist bereits nachrichtlich aufgeführt und wird in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.
5. Der Rat beschließt die in Anlage 1 dargestellte Abgrenzung der Sozialräume

Bickendorf, Westend und Ossendorf

Bilderstöckchen

Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord

Bocklemünd / Mengenich

Höhenberg und Vingst

Humboldt / Gremberg und Kalk

Meschenich und Rondorf

Ostheim und Neubrück

Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil

jeweils als „Gebiet der Sozialen Stadt“ gemäß § 171e Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) festzulegen. Der Beschluss über die Gebietsfestlegung ist ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Köln bekanntzumachen.

Im Zusammenhang mit dem Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 hat der Rat am 24.11.2011 bereits ein Gebiet der „Sozialen Stadt“ Mülheim beschlossen. Dieses umfasst im Wesentlichen die Sozialräume Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße. Damit entfällt hier die Notwendigkeit zur Neufestlegung eines „Soziale Stadt“- Gebietes.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für das Schuljahr 2017/2018 sowie drei Folgeschuljahre für alle städtischen Schulen 3313/2016

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat von Schulen gehört, dass man unzufrieden ist mit der Ausschreibung ohne Vergabevorbehalt, dass regionale Unternehmen bevorzugt zu berücksichtigen sind. Reklamationen ließen sich mit regionalen

Buchhändlern leichter abwickeln. Er bittet darum, einen sinnvollen Vergabevorbehalt einzufügen.

Frau Gorklo-Blameuser antwortet, dass man mit dem Vergabeamt und dem Rechnungsprüfungsamt die Frage vor dem Hintergrund fester Preise und fester Rabattierungen erörtert habe. Das Vergaberecht sieht europaweite Ausschreibungen vor. Das Verfahren wurde vor 3 Jahren auf eine ähnliche Anfrage hin ausführlich dargestellt (Anlage 2). Um die Chancen der Kölner Buchhandlungen zu erhöhen, wurde die Anzahl der Lose auf 35 erhöht.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, bemängelt, dass die Vorlage als Tischvorlage eingereicht wurde, was kaum Zeit lasse, sich darauf hinreichend vorzubereiten.

Herr Dr. Schlieben appelliert an die Verwaltung, Unterlagen künftig früher vorzulegen.

Frau Gorklo-Blameuser führt die verspätete Vorlage auf umfangreiche Abstimmungsprozesse innerhalb der Verwaltung und auf personelle Engpässe zurück.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"Der Rat beauftragt die Verwaltung, die europaweite Ausschreibung für die Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für alle städtischen Schulen für das Schuljahr 2017/2018 mit einseitiger städtischer Verlängerungsoption der Verträge jeweils für die nachfolgenden Schuljahre 2018/2019, 2019/2020 sowie 2020/2021 durchzuführen.

Auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes wird verzichtet."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Aufnahme einer neuen Schule in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen 3822/2016

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), begrüßt die Aufnahme einer weiteren Kölner Schule in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen und fragt nach, wie viele Kölner Grundschulen sich bereits für die Zertifizierung als „Europaschule in Nordrhein-Westfalen“ beworben haben. Das Qualitätssiegel des Schulministeriums besitzen mittlerweile 150 Schulen in NRW. Es kann beantragt werden beim Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW), Referat Europa oder bei der Europaschule Köln, zu Händen Frau Meyer-Schulz, die das Zertifikat im Auftrag des MSW vergibt.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"Der Rat beschließt in Anlehnung an seine Beschlüsse vom 14.11.2006, 10.09.2009 und 15.12.2015 den Titel „Kölner Europäische Grundschule“ an die GGS Halfengasse zu verleihen und sie in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen aufzunehmen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.8 Verfahren zur Umsetzung der im Haushalt 2016/17 vorgesehenen Erhöhung der Personalkostenzuschüsse an die Träger der Schulsozialarbeit an Grundschulen
3398/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017 - für den Bereich der Schulsozialarbeit die Personalkostenzuschüsse ab 2016 wie folgt festzusetzen:

1. Ab 01.03.2016 wird der Höchstsatz für den Zuschuss zu den Personalkosten pro Stelle um 2.672,68 Euro von 55.000 Euro auf 57.672,68 Euro angehoben.
2. Ab 01.02.2017 wird der Höchstsatz für den Zuschuss zu den Personalkosten pro Stelle um weitere 1.354,37 Euro von 57.672,68 Euro auf 59.027,05 Euro angehoben.
3. Der aktuelle Höchstsatz der Zuschüsse zu den Overheadkosten und Regiemitteln bleibt konstant. Die Overheadkosten betragen 6.875 Euro pro Stelle, die Regiemittel 4.215 Euro pro Stelle (siehe Anlage 2)."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.9 Errichtung einer Ganztagerweiterung für das Hölderlin-Gymnasium, Graf-Adolf-Str. 59, 51065 Köln-Mülheim - Baubeschluss
3499/2016**

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, möchte wissen, warum man in diesem Fall einen Risikozuschlag von 10 % berücksichtigt hat.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, antwortet, dass in der Anlage eine Risikomatrix zu finden ist, nach der bei schwierigen Grundstückssituationen ein Risikozuschlag von 10 % empfohlen wird.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, verweist auf die Einstellung seiner Fraktion zum Passivhausstandard und erinnert daran, dass Frau Nessler-Komp vor einem Jahr zur Mensa am Hölderlin-Gymnasium (Vorlage 2785/2015) nachgefragt habe, warum der Passivhausstandard in EnEV 2014 geändert wurde. Er sieht hier einen Widerspruch und bittet um Klärung, welcher Standard tatsächlich umgesetzt wird.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, weiß, dass man hier versucht hat, die Planung in Anlehnung an den Passivhausstandard zu erreichen. Beim Anbau können die finalen Werte des Passivhausstandards aber nicht erreicht werden. Man hat versucht, den politischen Beschluss zeitnah und pragmatisch umzusetzen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert daran, dass man beschlossen hat, bestehende Planungen nicht mehr umzuplanen.

Herr Gerhards antwortet, dass nicht umgeplant wurde.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.10 Angleichung der Honorare für Dozierende bei der VHS Köln im Bereich "Deutsch als Fremdsprache" 3821/2016

Änderungsantrag zu TOP 4.10 Angleichung der Honorare für Dozierende bei der VHS Köln im Bereich "Deutsch als Fremdsprache" AN/2009/2016

Herr Dr. Schlieben fragt nach, ob die Schulministerin zwischenzeitlich auf das Schreiben der Dezernentin geantwortet hat, ob man das Verfahren von Niedersachsen zur Refinanzierung durch das Land anwenden könne.

Frau Dr. Klein antwortet, dass sie bisher noch keine Antwort erhalten habe.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, erinnert daran, dass man als Ziel eine gleiche Bezahlung wie die Bezahlung durch das Bundesministerium anstrebe. Er wundert sich über die Formulierung, dass viele VHS-Dozenten zurzeit die Zulassung zur Lehrtätigkeit anstreben. Er sei davon ausgegangen, dass Menschen, die Deutsch unterrichten, eine entsprechende Zulassung bereits besitzen.

Herr Schüller, Amt für Weiterbildung, erklärt, dass sich diese Passage auf die Zulassung zur Lehrtätigkeit **in den Integrationskursen** bezieht. Es handelt sich dabei um eine Qualifizierung und einen bestimmten Studienabschluss, welche viele Dozierende im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ nicht besitzen. Das BAMF verlangt diese zusätzliche Qualifikation und das Erfüllen ganz bestimmter Voraussetzungen und Vorgaben, um in den Integrationskursen unterrichten zu dürfen. So besitzen beispielsweise einzelne Dozenten im offenen Deutschangebot kein abgeschlossenes Staatsexamen. Manche Dozierende hätten sich bewusst für den offenen Bereich entschieden, aber derzeit befürchte man eine Abwanderung aus dem offenen Deutschangebot in die Integrationskurse durch Nachholen der Qualifizierung.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, dankt der Verwaltung für die Vorlage, besteht aber auf dem Änderungsantrag seiner Fraktion zur Angleichung der ungleichen Honorare als Ausdruck der Wertschätzung für die Arbeit der Dozierenden an der Volkshochschule.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, möchte wissen, wie man zu den Beträgen 26 und 28 Euro kam.

Herr Schüller nimmt Stellung, dass den Beträgen die Zahlen aus Bonn zu Grunde gelegt wurden: in den Sprachniveaus A1 bis B1 des Europäischen Referenzrahmens auf 26,00 EUR; in den Sprachniveaus B2 bis C2 auf 28,00 EUR.

Frau Westphal fragt nach, ob die Dozierenden bei dieser Bezahlung trotzdem abwandern könnten.

Herr Schüller geht davon aus, dass ein Großteil der Lehrenden im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ unter diesen Bedingungen weiter unterrichten wird. Diejenigen, welche die Zulassung zur Lehrtätigkeit in den Integrationskursen erwerben, werden sich aber bei anderen Trägern im Bereich Integrationskurse anstellen lassen.

Herr Thelen nimmt voraus, dass seine Fraktion dem Verwaltungsbeschluss folgen wird. Er versteht aber die Haltung der SPD-Fraktion, weil die Gerechtigkeitslücke hierdurch nicht geschlossen wird. Mehr mache der städtische Haushalt aber mit Hilfe des Landes derzeit nicht möglich.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, sieht mit seiner Fraktion eine Verpflichtung des Landes NRW zum Ausgleich und befürchtet, dass sich die Dozierenden nicht mit dieser Erhöhung zufriedengeben und die VHS nachhaltig Schaden erleidet. Seine Fraktion werde sich im Rat dem Änderungsantrag anschließen.

Frau Westphal fragt, ob die rechtliche Möglichkeit besteht, dass die Dozierenden aus anderen Sprachbereichen sich durch Klage eine gleichwertige Bezahlung wie in den Deutschkursen erstreiten.

Herr Schüller erklärt dazu, dass die sogenannten „Arbeitnehmerähnlichen“ über 50 % ihres Einkommens über eine Lehrtätigkeit an der VHS beziehen. Diese haben einen Anspruch auf Abgeltung ihres Urlaubes und ähnliche Rechte. Unter diesen 80 Personen ist niemand, der **nicht** aus dem Bereich Deutsch als Fremdsprache, Integrationskurse oder Berufsbezogene Sprachförderung ist. Höhere Honorarforderungen sind aber nicht definitiv auszuschließen.

Herr Philippi ergänzt, dass sich der letzte Absatz des Änderungsantrages explizit auf die Gruppe der „Arbeitnehmerähnlichen“ bezieht.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Beschluss zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt den Änderungsantrag ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5 Mitteilungen

5.1 Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2016 - Maßnahmen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft allgemeinbildender Schulen bis 2025 1906/2016

Frau Dr. Klein dankt allen Schulen, Bezirksvertretungen und sonstigen Beteiligten, die Stellungnahmen abgegeben haben, damit die Verwaltung ein Meinungsbild sammeln konnte. An Stelle eines ausgedruckten Umdruckes hat man sich entschieden, eine aktive pdf-Datei zum Nachlesen zur Verfügung zu stellen. Wesentliche Eckpunkte aus der Mitteilung unter TOP 5.8 sind:

- Ratsbeschlüsse vom 22.09.2016 zum Schuljahr 2017/2018 (Seite 2): Der Rat hat am 22.09. einige Maßnahmen mit Wirkung zum Schuljahr 2017/18 beschlossen. Die Verwaltung hat die Maßnahmenvorschläge „Umzug der Montessori-Schule Gilbachstraße“ (M4) und „Anpassung der Zügigkeit der Katholischen Hauptschule Großer Griechenmarkt“ (M8) zurückgezogen.
- Die Errichtung einer Gesamtschule in Lindenthal durch die Schließung der Realschule Berrenrather Straße und der Realschule Euskirchener Straße wird seitens der Verwaltung nur dann zum Beschluss vorgeschlagen, wenn von beiden Schulen entsprechende, positive Schulkonferenzbeschlüsse vorliegen. Hierzu wird es zu Beginn des Jahres 2017 Gespräche mit den Schulen geben.
- Das Albertus-Magnus-Gymnasium lehnt es ab, perspektivisch die Immobilie Overbeckstraße zu nutzen. Das Gebäude wird derzeit umfassend saniert, um dort im Sommer 2018 vorzeitig mit der Gesamtschule Helios zu starten, deren Bau zum Schuljahr 2022/2023 fertiggestellt werden soll. Angesichts steigender Schülerzahlen muss der Standort Overbeckstraße aus Sicht der Verwaltung auch zukünftig schulisch genutzt werden.
- Vor vier Jahren wurde das Schulgebäude an der Paul-Humburg-Straße instandgesetzt. Die Bezirksvertretung und die Schulkonferenz der Gesamtschule Nippes haben eine Erweiterung unter Bezug auf das pädagogische Konzept der Schule abgelehnt. Stattdessen wird vorgeschlagen, das Schulgebäude Paul-Humburg-Straße als Interimsstandort bis zur Fertigstellung einer noch zu errichtenden Gesamtschule am Standort Schmiedegasse zu nutzen. Der Vorschlag wird derzeit von der Verwaltung geprüft. Eine neue Schule kann jedoch erst starten, wenn die Fertigstellung des endgültigen Gebäudes sicher feststeht.
- Die Handlungsoption einer Erweiterung der aktuell 8-zügigen Gesamtschule in Chorweiler als eine von insgesamt vier vorgestellten Optionen wird seitens der Verwaltung zurückgezogen. Die weitere Entwicklung der Gustav-Heinemann-Schule muss beobachtet werden.
- Die Finkenberg-Schule soll als Teilstandort der Förderschule Thymianweg genutzt werden.

Ein differenziertes Positionspapier der Kölner Hauptschulen an die Dezernentin sorgt sich um die Schließung von Hauptschulen. Der Verwaltung ist bewusst, dass die Hauptschulen mit vielen Seiteneinsteigerklassen belegt sind und gut gefüllt sind. Zu diesem Thema hat Frau Dr. Klein alle Hauptschulen zu einem Perspektivengespräch eingeladen.

Frau Dr. Klein meint, dass sich das Verfahren der offenen Diskussion aus Sicht der Verwaltung bewährt hat und zu vielen brauchbaren Anregungen geführt hat, die in die

Überlegungen aufgenommen und gewichtet werden konnten und zur Anpassung der Planungen führten.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schließt sich der positiven Bewertung der Dezernentin an. Schulentwicklung sei ein laufender Prozess, in dessen Verlauf sinnvolle Beiträge aufgenommen und berücksichtigt werden. Langfristig werde die Schulpolitik in der Stadt Köln auf die beiden Säulen Gymnasium und Gesamtschule hinauslaufen. Mittel- bis langfristig könne man in Köln das System der Hauptschulen auf etwa 3 Hauptschulen reduzieren. Dabei müsse man sich von den Bezirksgrenzen als Bezugspunkt trennen. Eine Prognose für die Realschulen könne man dagegen derzeit nicht abgeben. Bei der Schließung von Schulen wünscht Herr Thelen sich für die Kollegien einen sinnvollen Übergang in andere Schulformen. Er wünscht sich eine zusammenfassende Aufarbeitung der Vorlage unter TOP 5.8 in Form einer Matrix in den 5 Abteilungen

- ursprüngliche Schulentwicklungs-Vorschläge,
- Vorschläge der Bezirksvertretungen,
- Schulkonferenzbeschlüsse,
- Bewertung durch die Schulverwaltung und
- Schülerzahlen.

Auch Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, kann bestätigen, dass ein echter Dialog über die Schulentwicklungsplanung stattfindet. Ihm sind größere strukturelle Veränderungen aufgefallen. Er interessiert sich für die Gründe des Schülerzahlenschwundes an Berufskollegs und auf den Einfluss des Schulträgers darauf. Die Realschulen seien der größte Zulieferer für die berufsbildenden Schulen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung: Zu dem dialogischen Verfahren sieht er keine vernünftige Alternative. Die Verwaltung habe bewiesen, dass sie kompromissfähig ist. Einzelfragen müssten noch diskutiert werden und ggfs. seien Einzelfallentscheidungen zu treffen. Ob z.B. die Overbeckstraße zu weit vom Albertus-Magnus-Gymnasium entfernt ist, um als Dependance genutzt zu werden, müsse nochmals geprüft werden. Seine Fraktion freut sich auf die Umsetzung der vorgelegten Schulentwicklungsplanung.

Auch Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), lobt die ausführliche Form der Vorlage der Materialien und möchte keine Zusammenfassung oder verkürzende Katalogisierung, wie Herr Thelen sie gewünscht hat. Gerade diese Form sei als Entscheidungsgrundlage hervorragend geeignet.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), bedauert, dass man wegen der städtebaulichen Situation nicht allen Schulen ideale Voraussetzungen schaffen könne. Es gelte nun, Konzepte zu entwickeln, um den Schulen Qualität zu gewährleisten. Dafür sei eine engere Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung erforderlich. Sie begrüßt die Gesprächsbereitschaft mit den Hauptschulen, die Planungssicherheit für alle Beteiligten dringend benötigen.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, erkennt das Bemühen der Schulverwaltung an, zu Gunsten der Gesamtschulen einiges zu tun. Neun Gesamtschulen sind geplant, wodurch viele Gesamtschulplätze neu geschaffen werden. Im vergangenen Jahr haben nach seiner Berechnung 34 % der Eltern für ihr Kind einen Platz an einer Gesamtschule gewünscht und 24 % haben den Platz bekommen. Für das Jahr 2025 sind 38 % Gesamtschulplätze geplant, sodass der Bedarf damit dauerhaft noch nicht gedeckt ist. Er fordert daher einen schnelleren Ausbau der Gesamtschulen.

Herr Pfeuffer kann den Wunsch von Herrn Thelen nach einer Matrix nachvollziehen. Die Erstellung sei aber sehr aufwändig. Er schlägt vor, sich die pdf-Datei nochmals

intensiv anzusehen und im Januar nochmals darüber zu sprechen, ob eine Zusammenfassung in Form einer Matrix tatsächlich erforderlich ist.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Neue Gesamtschule für den Stadtbezirk Lindenthal am Standort Aachener Straße / Herbsthaler Straße 3393/2016

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Generalsanierung von vier Innenstadtsschulen 3405/2016

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt sich, warum eine Maßnahme als „dringend“ bezeichnet wird, wenn sie erst in 18 Jahren vollendet sein wird.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, erwidert, dass die Maßnahme bereits jetzt dringend ist, aber es gebe keine alternative Möglichkeit zur Auslagerung der Schule. Die Maßnahmen sind nach der Dringlichkeit benannt.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), möchte wissen, was passiert, wenn zwischenzeitlich ein akuter Handlungsbedarf entsteht.

Frau Volmer antwortet, dass bei Gefahr im Verzug selbstverständlich sofort gehandelt wird. Hier gehe es im Gegensatz dazu um Generalinstandsetzungen, die das gesamte Gebäude umfassen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse 2983/2016

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 Volkshochschule Köln: talentCAMPus 2016 war wieder ein Erfolg! 3758/2016

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.6 Volkshochschule startet mit dem neuen Gesamtprogramm Sprache (GPS) 3767/2016

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), fragt nach:

- Welche weiteren 6 Sprachkursträger befinden sich in diesem Programm?
- Welche Qualifikation haben die Lehrkräfte?
- Erhalten die Lehrkräfte die unter TOP 4.10 beschlossenen Honorare? und
- Gibt es für die VHS Synergieeffekte dadurch, dass sie die Kurse für alle zusammen anbietet und wenn ja: Welche?

Frau Dr. Klein sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

5.7 Spendenfinanzierte Deutschkurse für Geflüchtete 3756/2016

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), hat von der Sülzer Flüchtlingsinitiative erfahren, dass es Kinder gebe, die über ein halbes Jahr nicht zur Schule gegangen sind. Seiner Meinung nach sind 250 Teilnehmer bei einem Umfang von 13.000 Flüchtlingen zu wenig. Das Ziel sollte die schnellste Beschulung von Flüchtlingskindern sein.

Frau Dr. Klein antwortet, dass die Maßnahmen nicht die Schulpflicht ersetzen. Alle Grundschulkindern können untergebracht werden. Es gebe unbestritten Wartelisten bei der Aufnahme in die Sekundarstufe I und 300 Personen warten aktuell auf einen Platz am Berufskolleg. Bisher konnten 5.100 Kinder und Jugendliche beschult werden. Für den schulischen Bedarf wird jeder nicht ausreichend genutzte Schulraum benötigt. Sie kündigt einen Überblick über den Status Quo mit konkreten Zahlen für eine der nächsten Sitzungen an. Bei Einzelfällen, die bekannt werden, bittet sie erneut um konkrete Hinweise mit Namensnennung an die Schulverwaltung.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.8 Schulentwicklungsplanung im Dialog - Übersicht über die Rückmeldungen von Bezirksvertretungen und Schulen zur "Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2016" sowie Stellungnahme der Verwaltung 3801/2016

Die Mitteilung wurde unter TOP 5.1 mitdiskutiert und zur Kenntnis genommen. Sie soll -ggfs. ergänzt um weitere Rückmeldungen- gekoppelt mit diesem TOP auf der Tagesordnung im Januar erneut vorgelegt werden.

6 Anfragen

Es werden keine mündlichen Anfragen gestellt.

7 Verschiedenes

Köln, den 17.12.2016

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Bernecker

Schriftführer

Anlage 1: Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Schulleitungen an den Berufskollegs in Köln vom 22.11.2016 zur Errichtung eines Bildungsgangs Berufliches Gymnasium für Wirtschaft und Verwaltung, Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (TOP 4.2)

Anlage 2: Verfahren zur Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für alle städtischen Schulen (zu TOP 4.6)